

Dresdner Nachrichten

Lobeck & Co.
Hollisfontan Br. Majestät des Königs von Sachsen
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzerverkauf Dresden, Altmarkt 2.

Telegr.-Adresse:
Nachrichten, Dresden

Photographische Apparate
In reichster Auswahl bei
Emil Wünsche
Moritzstr. 20
(Ecke Gewandhaus- u. Nähe
König-Johannstrasse).
Fabrik: Meckel bei Dresden.
Filialen:
Leipzig, Berlin, Frankfurt a. M.,
Bonn, Hamburg i. B.
Ausführlicher Catalog nach
Auswärts gegen 20 Pfg. in
Briefmarken.

42. Jahrgang.

WEIN-Handlung
- Stuben *
Portikus a. d. Markthalle

**Max:
Kunath**
Wallstr. 8

Tuchwaaren.
Lager hochfeiner deutscher und englischer eleganter Anzug-,
Hosen- und Paletostoffe in allen modernen Farben und
Prima-Qualitäten zu billigsten Preisen.
Pörschel & Schneider, Scheffelstr. 19.

Atelier für feine
Corsets
nach Mass.
Grosses Lager von Paris und Brüssel.

**Heinrich
Planl**
Hollisfontan
Wallstr. 25

Waisenhausstrasse 34. L. Weidig. Waisenhausstrasse 34.

Eingang sämtlicher Neuheiten in elegant garnirten Damenhüten jeden Genres und jeder Preislage.

Nr. 284. Spiegel: Angriffe des Ultramontanismus. Hofnachrichten, General v. Sollenberg, Gemeintraub-
scheidung, Wohnungsordnung, Gewerbeverein. „Vucetia Vorgia“, Hammermühlendeb. **Ruthmäßige Bitterung:** Ueberwiegend trocken. **Wittwoch, 13. October 1897.**

Politisches.

Es giebt zur Zeit kaum eine unerfreulichere Beschäftigung, als in der ultramontanen Presse die Ausbrüche des hohelichten Ingrimm zu verfolgen, mit dem die Römlinge gegen Alles zu Felde ziehen, worin eine kraftvolle Bewegung des protestantischen Gewissens und das Verwirklichen des evangelischen Charakters der deutschen Reichsmacht zum Ausdruck kommt. Ueber Nacht sind plötzlich aller Orten, wo ultramontane Geistesfinder wohnen, die Schreihäufen der konfessionellen Verhöhnung aufgerichtet worden und, von den jesuitischen Inquisitoren eifrig geführt, loben ihre Flammen weithin sichtbar empor, dem Fortschritt des Geistes und dem Siege der Aufklärung am Ende des 19. Jahrhunderts ein brandiges Denkmal setzend. Der Anlaß zu diesem Wiedererwachen der römischen Unabwieslichkeit in ihrer ganzen feindseligen Stärke ist bezeichnend für die Weltvollendung der Aufklärung, die auf Grund verquerter innerpolitischer Verhältnisse in ultramontanen Kreisen des Reichs zum Durchbruch gekommen ist. Es sind nämlich die beiden letzten Kundgebungen protestantischer Geistes auf den Generalversammlungen des Gustav Adolf-Vereins in Berlin und des Evangelischen Bundes in Grefeld, die den jesuitischen Born in so hohem Grade herausfordern. Ganz besonders richtet sich das ultramontane Uebelwollen gegen den Evangelischen Bund, der in allen Tonarten verächtlich wird und an dem die Centrumpresse kein gutes Haar läßt. Es mag nun allerdings zugegeben werden, daß in Grefeld mehr als ein Wort gefallen ist, das den Herren von der schwarzen internationalen Oberleitung recht dornig und deutlich in den Ohren geklungen hat. Ja, man kann in der Objectivität sogar noch einen Schritt weitergehen und anerkennen, daß gewisse polemische Unvorsichtigkeiten, wie sie in der Grefelder Versammlung vorgekommen sind, dann, wenn sie Angriffsworte enthalten, dem guten Geschmacke entschieden widersprechen und der Sache, der sie dienen sollen, eher abträglich als förderlich sind. In dem vorliegenden Falle aber gewinnt die Sache ein wesentlich anderes Gesicht, weil der Protestantismus von ultramontaner Seite auf das Schwerste verletzt worden ist und lediglich in der vollberechtigten Abwehr eines feindlichen ultramontanen Ueberfalls mitten im tiefsten Frieden gehandelt hat, als er den jesuitischen Rechtsbruch zurückwies. Das Oberhaupt der römischen Kirche selbst ist es gewesen, das durch die seiner Zeit auch an dieser Stelle gewürdigte Encyclica über die Canonicus dem Protestantismus den Feindhandschuh vor die Füße geworfen hat, in offener Unkenntnis über die Kraft und Tiefe des protestantischen Geistes. Es war ein starkes Stück, das sich der Papst erlaubte, indem er die Reformation als die Quelle des Aufstrebens zu bezeichnen und Luther persönlich in den väterlich-lostesten Ausdrücken herabzusetzen wagte, im Angesicht eines Volkes, das seine höchsten nationalen, geistigen und sittlichen Güter gerade der Befreiung von der römischen Geistesdiktatur durch die Reformation verdankt. Daß in Erwiderung auf eine so unerträgliche Offenbarung der jesuitischen Uebelthätigkeit die protestantische Liebe scharf und hagelbald fiel, war nicht nur nicht zu verwundern, sondern das Gegenteil wäre geradezu ein Beweis für die oft und gern aufgestellte ultramontane Behauptung gewesen, daß der Protestantismus nur noch ein Name für etwas nicht mehr Vorhandenes sei. Weser und eindringlicher konnte der Ultramontanismus von der ungeschwächten Lebenskraft des evangelischen Geistes nicht überzeugt werden, als es durch die herzerfrühend kräftige Zurückweisung des neuesten Angriffs geschehen ist, den jesuitischer Zorn gegen die reformatorische Weltanschauung zu unternehmen gewagt hat. Der gewaltige Aufschwung, der darüber in der ultramontanen Presse entstanden ist und der bereits noch gar kein Ende nehmen zu wollen scheint, läßt überall die schwere Enttäuschung durchblicken, die den Ultramontanen die Thatfache bereitet, daß der Protestantismus keineswegs im Absterben und in der Befreiung begriffen ist, sondern im Gegenteil sich in höchst kampfesfreudiger Stimmung und in vortrefflichem Kriegsbereiteten Zustande befindet.

Sehr düstern nimmt sich demgegenüber die Versicherung des Römischen ultramontanen Blattes aus: „Wir hören all' dem Schwadronieren ruhig zu und fürchten uns nicht im Mindesten. Wenn die Herren wüßten, wie gleichgültig uns ihr Loben ist, so hätten sie vielleicht den Athem.“ Wenn die „Gleichgültigkeit“ wirklich so ausgeprägt ist auf ultramontaner Seite, warum spart man all'dann dort nicht die Druckerwärme? An derselben Stelle heißt es ferner: „Es sieht ja so aus, als würde das ganze protestantische Deutschland sich morgen gegen den „Ultramontanismus“ erheben und ihn vernichten. Im Grunde ist es aber nur eine Hand voll Faktoren, Professoren u. s. w., die sich aufregen. Die große Masse des Volkes ist viel zu gleichgültig gegen das „Evangelium“ oder denkt viel zu vernünftig, als daß es sich Angst vor Gefahren einreden lassen sollte, die gar nicht existieren.“ Aus diesen Worten spricht eine so verblende hochmüthige Kurzsichtigkeit, daß man wohl eher über als auf jeden Versuch einer Belehrung verzichten muß. Es genügt darauf hinzuweisen, daß die jesuitische Bewegung gegen die jesuitisch-ultramontanen Uebergriffe im protestantischen Deutschland einen echt volkstümlichen Charakter im besten Sinne des Wortes trägt und daß dabei das nationale mit dem evangelischen Moment zusammenwirkt. Die „Hamb. Nachr.“ stellen ausdrücklich fest, daß unter den Feinden der Zeit die in der protestantischen Bevölkerung neuerdings hervortretende

Erregung besondere Beachtung verdienen. Im Uebrigen kann es ja uns Protestanten nur recht sein, wenn unsere jesuitischen Gegner sich und ihre Rationellen mit solchen Vorstellungen über das eigentliche Wesen der plötzlich wieder erwachten Reaktion gegen hierarchischen Uebelwollen erfüllen, weil dadurch die strategische Ueberlegenheit der evangelischen Sache vergrößert wird. Für uns kommt es nur darauf an, in unanfechtbarer Form die Befreiung zu machen, daß wir nicht die Angreifer gewesen sind, sondern daß man uns zuerst in unseren heiligsten Gefühlen tief gekränkt und verletzt hat.

Gleichzeitig muß aber auch betont werden, daß der protestantische Kampf sich nicht gegen den Katholizismus als solchen, sondern gegen den jesuitischen Ultramontanismus, gegen den Papismus richtet. Ausdrücklich hob diesen Punkt sogar einer der am meisten angegriffenen Redner in Grefeld, der Pastor Kremers hervor, indem er sagte: „Wir sind nicht so konfessionell verbohrt, den Katholiken in ihrer Gesamtheit alle staatsverwärende Kräfte, Liebe zum Vaterlande und Unterordnung unter die bestehenden Gesetze abzuschreiben. Wir kennen Katholiken, die treu zum Vaterlande halten, wir achten einen Standpunkt, wie ihn Schell vertreten hat. Für diese edlen Katholiken hat aber die jesuitische katholische Kirche keinen Raum und keine Freistätte, weil in ihr gegenwärtig planvoll und ränkevoll der Ultramontanismus herrscht.“ Wenn dann derselbe Redner eben diesen Ultramontanismus als den unverdächtigsten Feind des Staates, der Gesellschaft, der Nation charakterisierte, zu dessen Beistimmung man auf alle Mittel sinnen müsse, und damit die einmüthige begeisterte Zustimmung seiner zum großen Theil den besten Kreisen angehörigen Zuhörer fand, so wird der einfache gesunde Menschenverstand, der von jesuitisch-dialektischen Denkfeinheiten nach der Manier des Thomas v. Aquino verschont geblieben ist, daraus den zureichenden Schluß ziehen, daß die Gefahren, die gar nicht existieren, in weiten evangelischen Kreisen einschneidende Wirkung finden. Es ist ganz gewiß richtig, wenn der bereits erwähnte Redner auf der Grefelder Generalversammlung erklärte, die Dinge trüben mit unheimlicher Folgerichtigkeit dem Ende zu, daß sich die entscheidende Frage erhebe, ob deutsch-national oder päpstlich-international. Die nachdrückliche politische Nachstellung des Centrums im Reich hat in Verbindung mit dem jüngsten kirchlichen Vorstoß des Ultramontanismus dem Protestantismus plötzlich aller Orten die Augen geöffnet, die Lanten ausgerollt, die Schwächen stark gemacht und so eine Erregung erzeugt, von der die „Hamb. Nachr.“ meinen, daß die Regierung nicht umhin können werde, auf sie Rücksicht zu nehmen. In der protestantischen Politik würde dabei zunächst die Entscheidung über die vom Reichstage beantragte Aufhebung des § 2 des Feinzeugsengesetzes, der die Ausweitungsbefugnis regelt, in Frage kommen. Das Organ des Reichsanwaltes warnt die Regierung eindringlich davor, sich aus Rücksicht auf die Marxenvorlage zu einem Zugeständnis an den Ultramontanismus hebeln zu lassen, das sich im weiteren Verlauf der Dinge bitter rächen könnte. Die Aufhebung des gedachten Paragraphen müßte nach der Canonicusencyclica, nach der Liebe des Präsidenten des preussischen evangelischen Oberkirchenraths, nach dem Telegramm des Kaisers an den Vorsitzenden des Gustav Adolf-Vereins unbeeinträchtigt erscheinen. In allen evangelischen Herzen wird dieses offene Wort freudigen Widerhall finden. Mit der Verweigerung der Aufhebung des § 2 ist aber allein nicht genug getan. Die Aufsichtsbehörden müssen auch unerbittlich dafür sorgen, daß die Bestimmungen des Feinzeugsengesetzes in der Praxis sorgfältig beachtet und gehandhabt werden. Mehr als je zeigt das jetzige Aufeinanderspielen der Geister die unumgängliche Nothwendigkeit für die Regierung, überhaupt auf der ganzen Linie zu einer rein nationalen, von keiner ultramontanen Rücksichtnahme beeinflussten Politik zurückzukehren. Es bedarf dazu keines jähren Systemwechsels, keiner Eröffnung eines neuen Kulturkampfes, der übrigens, wenn er von den Ultramontanen mit aller Gewalt provoziert werden sollte, dieses Mal unter Vermeidung der früheren Fehler und damit unter wesentlich verbesserten Erfolgchancen staatsrechtlich gefahrlos werden würde. Lediglich ein planmäßiges ununterbrochenes Abdrücken der leitenden Personen von den Centrumsführern und eine ebenso konsequente Annäherung an die nationalen Parteien ist erforderlich. Nur eine solche Art zu regieren entspricht den elementaren Anforderungen an eine gesunde nationale Realpolitik ebenso sehr, wie sie die idealen Bedingungen erfüllt, die der Antritt der geistigen Erbschaft der Reformatoren dem deutschen Volke auferlegt hat. Es ist daher begründet, wenn ein nationales Berliner Blatt mit apostrophischer Sicherheit unter Ausschluß jeder Zweifelsmöglichkeit voraussagt, daß die Zeit, wo die Reichspolitik das Centrum entbehren könnte, wiederkehren werde. Den baldigen Eintritt dieses Zeitpunktes lehnen die Protestanten und Patrioten im Reich mit Ungebuld herbei.

Kernschreib- und Kernsprech-Berichte vom 12. October.

Berlin. Der Kaiser empfing gestern in Hubertusstock den kommandirenden Admiral v. Knor und den Staatssekretär des Reichsmarineamts Tilly und heute den Kriegsminister v. Goltz. Der Graf-Kriegs- und Vize-Regent von Vize-Regent v. Goltz in Begleitung des Vizepräsidenten Staatsministers v. Micholitz hier eingetroffen. — Ende dieser Woche treten im Reichspostamt eine größere Anzahl Oberpostdirektoren zu einer Konferenz zusammen, die über Reorganismen im Posttarifwesen beraten soll. — Die Firma Siemens und Halske liefert anlässlich ihres heutigen 50-jährigen Jubiläums 1 Million Mark für den Pensionen-, Wittwen- und Waisenfond für die Beamten und Arbeiter der Firma. Es ist das die zweite Million, welche die Firma zu gleichem Zweck für ihre Beamten und Arbeiter in Berlin, Charlottenburg und Wien beigelegt hat. — Die vom Berliner Anwaltverein veranstalteten Vorlesungen des Geh. Justizraths Prof. Ed über das bürgerliche Gesetzbuch haben gestern begonnen. Dem ersten Vortrag wohnten mehr als 600 Juristen bei. — In Bledowitz, im Norden von Berlin, ist heute früh der Stichturm eingestürzt. Die hiesige Feuerwehr ist nach dort hin abgegangen. — Die Erntemahl im 19. Schleswig-holsteinischen Reichstagswahlkreis ist für den 25. November angesetzt. — Die „Kreuzzeitung“ äußert sich über den Ausfall der sächsischen Landtagswahlen dahin, die Wahlen führten eine nicht missverständliche Sprache, indem sie die Möglichkeit der Sozialdemokratie, und sei es immerhin auch nur als mechanischer Beleg, beizufassen, vollausgesprochen. Zunächst aber komme es darauf an, diesen unerträglichen Sündenfleck, der unter der Woche der Arbeiterfreundlichkeit nur darauf ausgeht, jede geordnete Entfaltung zu hindern, vom Halbe zu schaffen. Erst wenn dies gelungen sei, werde es möglich sein, die zum Wohle der Wähler getroffenen Maßnahmen wirklich nutzbar zu machen, sie dem Verstande der Wähler beizubringen und sie darüber anzuklären, daß die bürgerliche Gesellschaft wirklich ihr Bestes will und nicht daran denkt, sie bloß auszunutzen, wie ihnen systematisch vorgegeben wird, um sie zu verheeren. — Aus den sächsischen und norddeutschen Konjunkturbereichen wurden von Deutschland nach den Preussischen Staaten im dritten Vierteljahr 1897 für 7.189.112 Mark Dollars Waaren ausgeführt, gegenüber 16.481.413 Mark Dollars des gleichen Zeitraums des Jahres 1896. Die Rückwärtsfahrt belief sich demnach auf rund 56 Prozent. Die „Kreuzzeitung“ sagt, diese Zahlen seien geeignet, die Behauptung der Freihändler, wonach auch noch unter dem Dingley-Tarif ein umfangreiches und gewinnbringendes Ausfuhrgeschäft mit Nordamerika möglich sei, endlich zu erwidern.

Die „Rechtlich-Verständlichen Politischen Nachrichten“ zufolge bereitet die nationalliberale Fraktion für die nächste Landtagssession einen Antrag auf Aufhebung der preussischen Grundbesitzsteuer beim christlichen Stuhl vor als Antwort auf die Ausfertigungen in der Canonicus-Encyclica gegen das evangelische Bekenntnis. Die „Köln. Bzg.“ meint, der Antrag habe wohl nur den Werth einer Demonstration oder Warnung.

Die sozialdemokratische Fraktion des bayerischen Abgeordnetenhauses brachte den Antrag ein, die Regierung zu ersuchen, der Krone bald eine Vorlage wegen Anweisung der vertheilten oberländischen Haberer zu unterbreiten.

Durch Grobfeuer wurden in der Kreisstadt Wolfenbüttel 23 Gebäude, darunter 10 Wohnhäuser, eingedest. Ein Sechsermännchen wurde bei den Rettungsarbeiten getödtet. Sämtliche Feuerwehreinrichtungen sind vernichtet.

Der Kaiser und die Kaiserin von Rußland trafen mit dem Großherzog und der Großherzogin von Hessen heute Mittag zum Besuch der Kaiserin Friedrich hier ein. Die Kaiserin Friedrich war auf dem Bahnhof zum Empfangen mit dem Prinzen und der Prinzessin Heinrich von Preußen und dem Prinzen und der Prinzessin Friedrich Karl von Hessen erschienen. Die Rückkehr nach Darmstadt erfolgte um 2 Uhr.

Die Regierung bringt eine Vorlage ein, welche die Wirksamkeit des Gesetzes über die Beitragsleistungen und den Aufwand für die gemeinsamen Angelegenheiten, ferner das mit Ungarn bestehende Zoll- und Handelsbündnis, und endlich das Privilegium der Österreichisch-ungarischen Bank bis zum 31. Dezember 1898 verlängert. Die Regierung legt ferner die in dem Exposé des Finanzministers angeführten Gesetze, betreffend die Einführung einer Transporthilfe und einer Abgabe vom Ackererwerb, vor, sowie ein weiteres Gesetz, welches die bezüglich bestimmter Gegenstände abgeklärten Anteile der Staatsanleihe unterwirft. Die Verhandlungen über das Gesetz betreffend die Unterbringung von Staatsmitteln anlässlich der elementaren Ereignisse wurden fortgesetzt. Der Vertreter der Regierung hob hervor, die Regierung sei sich vollumfänglich der Nothwendigkeit bewußt, eine Regulierung der Häufe vorzunehmen. Bei der Hilfsaktion sei die Mitwirkung der Länder erforderlich.

Der Abgeordnetenschatz. Ministerpräsident Baron von Harnack beantwortete heute die Interpellation Kossuth's in Angelegenheit der griechisch-türkischen Friedensverhandlungen und der orientalischen Frage. Der Ministerpräsident führte aus, er habe damals, als die Interpellation gestellt wurde, es nicht für angeeignet erachtet, dieselbe sofort zu beantworten. Als er dann in die Lage gekommen sei, die gewünschten Aufklärungen geben zu können, sei das Haus betragt gewesen, sodas die Beantwortung erst heute erfolgen könne. Er wolle heute auf jene Thatfachen verweisen, die allgemein bekannt seien und aus denen man folgern könne, das die Großmächte stets bestrahlt waren, den Frieden wieder herzustellen. Aus dem Eintreten des europäischen Konzerts sei es zu vermeiden, das die Friedensverhandlungen einmüthig fortgesetzt werden könnten. Was die kretische Frage betreffe, so seien die Großmächte bemüht, jenen Grundvorurtheilen, die bereits festgesetzt seien und die mit der Aufrechterhaltung der Oberhoheit des Sultans der Insel eine gewisse Autonomie sichern wollten, sobald als möglich Geltung zu verschaffen. Schließlich konstatarie der Ministerpräsident, das sich die Großmächte nicht mehr mit der Ernennung Ruma Dros zum Gouverneur von Kreta beschäftigen. Die Antwort wurde vom Hause zur Kenntnis genommen.

Bei der im Mai nächsten Jahres stattfindenden Jahresversammlung der ungarischen Akademie der Wissenschaften wird Kaiser Wilhelm zum Ehrenmitglied der Akademie ernannt. — Lemberg. Die bei dem Militär-Provinzialmagazin zu Beizemil seit Jahren beschäftigten Civilpersonen sind wegen Beihilgung an der sozialdemokratischen Propaganda entlassen worden.

Der Blättern zufolge hat König Leopold mit dem Präsidenten Faure dahin eine Vereinbarung getroffen, das der Präsident noch vor Schluß der Ausstellung Brüssel einen Besuch abstatte.

Der „Politique Coloniale“ zufolge sei Rußland durch die Haltung Englands in der Behring'schen Frage mißtraulich gemacht, man sei einem Komplott auf die Spur gekommen, durch welches die Unabhängigkeit Koreas bedroht sei. Rußland habe das Komplott vereitelt, in dem es die Unabhängigkeit Koreas unter dem Schutz Rußlands, Chinas und anderer Mächte stellte.

Der mit der Bohrerzeugung der Geschichte des Staatssekretärs des Auswärtigen beauftragte Vizekonsul v. Hilow wird dieser Tage in Rouva erwartet, um sich vom König Humbert zu verabschieden.

Friedrich & Glöckner
Königsplatz, Dresden
Telegr.-Adresse: 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100

nach 40.
Jahrgang,
die Dille
ich meine
haben bei
dem unter
asser-
tillieren
gibt
für den
wabi zu
agastie
Walt-
teparat.
Aroma
/s. Hilo
/s. 181.